



Stadtbetriebe Hennef

Anstalt öffentlichen Rechts

Der Vorstand

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Tourismus und Energie**

am

Wochentag	Datum
Dienstag	12.11.2019

Übersicht über die gefassten Beschlüsse		
TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	115
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Energie.	116
1.2	E-Scooter-Leihsystem für Hennef; Antrag der SPD-Fraktion vom 09.09.2019	117
1.3	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten einer Verkaufsstelle am Sonntag, dem 05.01.2020, anlässlich des Hennefer Karnevalsmarktes	118
1.4	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, dem 29.03.2020, anlässlich der Veranstaltung "Hennef macht Mobil"	119
1.5	Wirtschaftsplan 2020/2021 für den Fachbereich III.2, Liegenschaften, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Tourismus der Stadtbetriebe Hennef AöR	120
1.6	Leerstand von Ladenlokalen kreativ nutzen; Antrag CDU Fraktion/JU Hennef vom 22.09.2019	vertagt
1.7	Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft; Antrag der SPD-Fraktion vom 12.10.2019	121
1.8	Mittel für die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft, kein Grundstücksverkauf Auf der Hochstadt; Antrag der Fraktion die Linke vom 27.10.2019	122-124
1.9	Kostenfreie Fahrradboxen für ÖPNV-Nutzer mit Monats- oder Jahrestickets; Antrag der SPD-Fraktion vom 12.10.2019	vertagt
2	Anfragen	
3	Mitteilungen	
	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	
4.1	Ankauf von Flächen in Hennef-Bröl	125
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:10 Uhr
Ort: Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef
Einladungsdatum: 31.10.2019
Nachtragsdatum: 07.11.2019

Stellv. Vorsitzende/r: Thomas Wallau

Schriftführer/in: Caroline Overath

Anwesenheitsliste:

stellv. Vorsitzende/r

Wallau, Thomas

CDU

Ratsmitglieder

Auerbach, Peter

CDU

Chillingworth, Harald

Die Unabhängigen

Deisenroth-Specht, Edelgard

SPD

Fiedrich, Detlev

Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für Frau Sass, Jennifer

Gerards, Martin

CDU

Gockel, Kay-Henning

Bündnis 90 / Die Grünen Verlassen der Sitzung um 18.00 Uhr

Herchenbach, Henning

SPD

Herchenbach, Jochen

SPD

Höhner, Hans Peter

CDU

Vertretung für Frau Osterhaus-Ehm, Regina

Kania, Markus

CDU

Vertretung für Frau Becker-Steinhauer, Renate

Krey, Detlef

Die Linke

Martius, Hans-Peter

CDU

Precker, Axel

SPD

Vertretung für Herr Spanier, Norbert

Walterscheid, Theo

CDU

Vertretung für Herrn Schenkelberg, Martin

sachkundige Bürger/innen

Gerlach, Julia

CDU

Vertretung für Herrn Waskow, Günter

Kaufmann, Norbert

Die Unabhängigen

Sitzung des Ausschusses für **Wirtschaft, Tourismus und Energie** am
12.11.2019

Nacken, Hans-Joerg

SPD

Thiesen, Lukas

CDU

Wilke, Ulrich

FDP

stellv. Ratsmitglied

Akstinat, Dorothee

SPD

Vertretung für Frau Spanier,
Annemarie bis 18.50 Uhr

Von der Verwaltung waren anwesend:

Barth, Klaus – Vorstand Stadtbetriebe Hennef AöR

Hoffmann, Renate – stellv. Vorstand AöR, Controlling

Muranko, Ursula – Fachbereichsleitung Stadtentwicklung, Liegenschaften

Trockfeld, Anke – Leitung Amt für Steuerungsunterstützung / Ratsbüro und Förderung

Walter, Michael – Erster Beigeordneter

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	115

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Wallau, eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Energie und wünschte dem erkrankten Ausschussvorsitzenden, Herrn Spanier, gute Besserung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete Herr Wallau die sachkundige Bürgerin Frau Gerlach mit folgendem Wortlaut:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Gemeinde erfüllen werde.“

Diese Verpflichtung wurde mit Handschlag bekräftigt.

Herr Wallau stellte die form- und fristgerechte Einladung fest und wies auf die Einladung vom 31.10. sowie den Nachtrag zu TOP 1.7, 1.8. und 1.9 vom 07.11.2019 hin.

Herr Fiedrich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) monierte, dass der Nachtrag ihn zu spät erreicht habe und beantragte deshalb eine Vertagung der TOP's 1.7, 1.8 und 1.9.

Ferner beantragte er, den TOP 1.6 auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen, da in der Einladung der Antrag nicht als Anlage beigefügt wurde.

Frau Muranko schlug vor, den Tagesordnungspunkt zu behandeln und ggfls. die Beschlussfassung offen zu halten und in der nächsten Ausschusssitzung zu beschließen.

Frau Deisenroth-Specht (SPD-Fraktion) teilte mit, dass auch sie den Nachtrag bis dato nicht erhalten habe und bat um eine Ausfertigung des Nachtrages.

Herr Wallau sprach sich für eine Beibehaltung der TOP's 1.7 bis 1.9 aus und bot an, bei Bedarf eine Lesepause zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie beschloss einstimmig die Tagesordnung in der vorliegenden Form.

1	Beschlussvorlagen	
1.1	Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Energie.	116

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie der Stadtbetriebe Hennef AöR beschloss einstimmig, Frau Caroline Overath zur Schriftführerin und Frau Katrin Schwarz zur stellvertretenden Schriftführerin zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2	E-Scooter-Leihsystem für Hennef; Antrag der SPD-Fraktion vom 09.09.2019	117
-----	--	-----

Herr Barth erläuterte zunächst, dass das Thema aus dem Leitsatz des Antrages heraus, „Verleihsystem für E-Scooter **und/oder** Fahrräder“, in einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst wurde, da derzeit die Abstimmung für ein Fahrradverleihsystem und Mobilstationen im rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis, vergleichbar dem Konzept des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises mit der RVK, laufe.

Wie schon in der Vorlage erwähnt, sei das Thema Leihsystem für E-Scooter gemäß den Erfahrungen anderer Städte kritisch zu bewerten, so dass man den Schwerpunkt zunächst auf ein Verleihsystem konventioneller Fahrräder und ggfls. Ausweitung auf E-Bikes lege.

Alle Fraktionen begrüßten die Überlegungen, hatten jedoch noch Fragen zum Anbieter, der Zeitschiene für die Umsetzung sowie der Einbeziehung der Dörfer bzw. Standorte für ein solches Konzept.

Frau Muranko wies darauf hin, dass die Vorlage federführend von der Mobilitätsbeauftragten, Frau Münch, erstellt wurde, man sei hier im Prozess und könne noch keine genauen Informationen geben.

Man einigte sich, der Niederschrift eine Erläuterung hierfür beizufügen.

Herr Barth schlug vor, in der nächsten Sitzung des Ausschusses Frau Münch einzuladen, um Fragen zur Thematik zu beantworten.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie der Stadtbetriebe Hennef AöR beschloss einstimmig:

Die Stadt Hennef begrüßt und unterstützt den Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises im rechtsrheinischen Kreisgebiet ein einheitliches Fahrradverleihsystem unter dem Namen „RSVG-Rad“ einzurichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Rhein-Sieg-Kreis und der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft als Aufgabenträger, ein Fahrradverleihsystem in Hennef – als Bestandteil des geplanten rechtsrheinischen Kreissystems – zu erarbeiten und aufzubauen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Nachrichtlich:

Erläuterungen der Mobilitätsbeauftragten, Frau Münch (Amt 61):

Einführung eines rechtsrheinischen kreisweiten Fahrradverleihsystems

Im Oktober 2018 wurden von SWBmobil im Stadtgebiet Bonn und im Mai 2019 von der RVK im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis zwei Fahrradverleihsysteme gestartet. Die jeweiligen Verkehrsbetriebe organisieren den Fahrradverleih und haben die Leistungen - nach einem entsprechenden Ausschreibungsverfahren - an die Firma nextbike vergeben.

In diesem Sinne wäre die RSVG im rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis der bevorzugte und erwünschte Organisator eines vernetzten rechtsrheinischen Fahrradverleihsystems unter dem Titel „RSVG-Rad“. Bei diesem Ansatz bestimmen die Städte und Gemeinden den Umfang des Angebotes in ihrem Gebiet, u.a. die Anzahl und Art der Räder, die genauen Standorte und Durchführungsregelungen. Diese müssen in einem Kooperationsvertrag mit der RSVG festgelegt werden. Die Aufgaben der RSVG liegen in der Bereitstellung, der Wartung und der Allokation der Fahrräder nach Vorgaben der Stadt. Die RSVG kommt dieser Aufgabe durch Vergabe und/oder eigene Geschäftsbesorgung nach.

In Anbetracht der noch erforderlichen Abstimmungen und Arbeitsschritte sowie der notwendigen Zeit für eine Ausschreibung der Leistungen durch die RSVG, ist die Einführung eines Verleihsystems im rechtsrheinischen Kreisgebiet frühestens im September 2020 möglich. Am 17.12. ist ein weiteres Arbeitstreffen von RSVG, RSK und den interessierten Kommunen vorgesehen, um Angebotsdetails festzulegen und die Ausschreibungsunterlagen für ein modulares System vorzubereiten.

Ergänzungen zu Anlage 2 des Strategiepapiers

Der Nahverkehr Rheinland (NVR) hat für sein Verbundgebiet ein flächendeckendes Konzept für die Errichtung von Mobilstationen erarbeitet.

Im Stadtgebiet Hennef wurden die 3 Haltepunkte des schienengebundenen Nahverkehrs (Bf Hennef, Bf Blankenberg und Bf Im Siegbogen) untersucht und unterschiedlichen Raumkategorien zugeordnet.

Des Weiteren wurden auch 2 bedeutsame Bushaltestellen (an denen mehr als 3 Buslinien halten) in die Untersuchung einbezogen (Alter Zoll und Sieg-Rheinischer Hof). Die im NVR Gutachten untersuchten 5 Haltestellen sind in der 1. Spalte der Anlage 2 des Strategiepapiers aufgelistet.

Bei den 3 Bahnhöfen handelt es sich – aufgrund der bereits vorhandenen Ausstattungsmerkmalen- bereits heute um Mobilstationen. Es wird jedoch im NVR Gutachten empfohlen noch einzelne Ausstattungsmerkmale zu ergänzen.

In der Spalte 4 sind die beiden Bushaltestellen nochmals aufgeführt, weil es sich hier zz. lediglich um reine Bushaltestellen handelt. Hier müssten erst Ausstattungsmerkmale ergänzt werden, damit die Haltestellen die Mindestanforderungen an eine Mobilstation der „lokalen Raumkategorie“ erfüllen.

Die in der Spalte 2 genannten Haltestellen wurde seitens der Stadt Hennef bei der Abfrage und Abstimmung der zu untersuchenden Haltestellen im Rahmen des NVR Gutachtens vorgeschlagen. Sie wurden jedoch seitens des NVR nicht in das Gutachten aufgenommen bzw. berücksichtigt.

Der NVR hat auch die Entwicklung eines touristischen Fahrradverleihsystems an den Mobilstationen der Siegstrecke zwischen Troisdorf und Au untersucht (Spalte 3).

1.3	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten einer Verkaufsstelle am Sonntag, dem 05.01.2020, anlässlich des Hennefer Karnevalsmarktes	118
-----	--	-----

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie der Stadtbetriebe Hennef AöR beschloss einstimmig:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie der Stadtbetriebe Hennef AöR empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef(Sieg) die als Anlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten einer Verkaufsstelle aus Anlass des Hennefer Karnevalsmarktes am 05.01.2020 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, dem 29.03.2020, anlässlich der Veranstaltung "Hennef macht Mobil"	119
-----	--	-----

Herr Barth merkte zunächst an, dass ver.di bezüglich dieses Tages sein Veto eingelegt habe. Kritisch würde dort die Sonntagsöffnung der Geschäfte in der Ladestraße gesehen, da dort keine unmittelbare Veranstaltungsfläche sei.

Die Verbindung sei aber notwendig, da zum einen das Parkhaus Ladestraße für den zu erwartenden Besucherstrom sowie für den Verkehr erforderlich sei, der von dort über die Frankfurter Straße abfließe. Die Verwaltung werde darstellen, dass es sich hier um eine sehr wichtige fußläufige Verbindung handelt, die unmittelbar an die Veranstaltungsfläche anschließt und insofern eine bedeutende Rolle für das Veranstaltungskonzept spiele.

Frau Muranko merkte an, dass 2020 insgesamt vier verkaufsoffene Sonntage für die Innenstadt in Planung seien, die fehlenden drei Sonntage zum SommerOpenAir, Stadtfest und zum Weihnachtsmarkt würden im nächsten Ausschuss zur Beschlussfassung und Empfehlung dem Rat vorgelegt.

**Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie der Stadtbetriebe
Hennef AöR beschloss einstimmig:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef (Sieg) die beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 29.03.2020 anlässlich der Veranstaltung „Hennef macht mobil“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5	Wirtschaftsplan 2020/2021 für den Fachbereich III.2, Liegenschaften, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Tourismus der Stadtbetriebe Hennef AöR	120
-----	--	-----

Wie auch in den vergangenen Jahren kritisierten die Ausschussmitglieder, insbesondere der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den vorgelegten Doppel-Wirtschaftsplan und den dort dargestellten Planverlust von über einer Millionen Euro für den Fachbereich III.2 für die Jahre 2020/2021, der nur durch den Gesamtabschluss der Hennefer Stadtbetriebe mit allen Sparten gedeckt werden könne. Zur Begründung wurden die fehlenden Grundstücke und die damit verbundenen fehlenden Grundstückserlöse zur Verbesserung des Wirtschaftsplans moniert und die Entwicklung eines Baulandmanagements gefordert.

Herr Barth betonte, dass zwar kein unmittelbarer monetärer Rückfluss in den Fachbereich erfolge, die Aktivitäten der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sowie des Touristikbereichs für die Entwicklung der Stadt aber notwendig seien und positive Auswirkungen für die Zukunft und Wirtschaftskraft der Stadt bedeuteten.

Seitens der CDU-Fraktion wurde die Bedeutung der Wirtschaftsförderung nochmals herausgestellt, was an den konstanten bzw. steigenden Gewerbesteuerentnahmen abzulesen sei und dem vermuteten Anwachsen der Gewerbebetriebe und damit verbundenem Mehraufwand in der Bestandpflege der Gewerbebetriebe für den Fachbereich. Um eine Darstellung der Entwicklung der Gewerbebetriebe in den letzten 10 Jahre (in 5-Jahresschritten zur Niederschrift wurde gebeten.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie empfahl mehrheitlich bei einer Gegenstimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einer Enthaltung von Herrn Krey (Ratsmitglied) dem Verwaltungsrat der Stadtbetriebe Hennef AöR zu beschließen:

Der Doppel- Wirtschaftsplan 2020/2021 für den Fachbereich Stadtentwicklung, Liegenschaften, Wirtschaftsförderung und Tourismus wird in der vorgelegten Form im Rahmen des gesamten Wirtschaftsplanes der Stadtbetriebe Hennef AöR beschlossen.

Er schließt in 2020 mit einem Planverlust in Höhe von - 1.101.617 € und in 2021 mit einem Planverlust in Höhe von - 1.132.636 € ab.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Nachrichtlich:

Stellungnahme von. II, Abtl. 320:

Derzeit kann ich nur die Zahl der Gewerbe An-, Ab- und Ummeldungen jährlich dargestellt werden.

Eine Entwicklung der Gesamtanzahl der An-, Ab- und Ummeldungen seit 2000 aus dem Programm „GEVE 4“ ist beim Hersteller angefragt.

Sobald eine entsprechende Auswertung möglich ist, wird sie dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

1.6	Leerstand von Ladenlokalen kreativ nutzen; Antrag CDU Fraktion/JU Hennef vom 22.09.2019	
-----	--	--

Frau Muranko entschuldigte sich zunächst für das Fehlen der Anlage Nr. 6, es handele sich hierbei um ein Versehen. **Der Niederschrift ist der Antrag der CDU Fraktion/JU Hennef vom 22.09.2019 beigelegt.**

Der Antragsteller, Herr Martius (CDU-Fraktion), führte zunächst aus, dass der Leerstand von Ladenlokalen sich in letzter Zeit deutlich reduziert habe. Außerdem wurde mit dem „Kleinen Einkaufszentrum“ in der Ladestraße mit einer Verkaufsfläche von ca. 4.000 qm sowie dem Aldi to go mit ca. 1.000 qm eine Frequenzverstärkung der Innenstadt erreicht.

Dabei nahm er die derzeitigen Leerstände in den Blick:

Unerklärlich sei aus seiner Sicht, dass der hochwertige Eingangsbereich des Einkaufszentrums in der Ladestraße seit seiner Eröffnung leerstehe.

Herr Martius bat die Verwaltung um Auskunft über eventuelle Handicaps bezüglich der Vermarktung und um Sachstand zu den derzeitigen Leerständen im Objekt.

Zum Antrag der Jungen Union sprach sich Herr Martius aus, die Verwaltung möge prüfen, ob der Eingangsbereich bei andauernder Nichtvermietung für Preseterminen, Empfänge und Veranstaltungen genutzt werden könne.

Bezüglich des Leerstandes z.B. im Objekt Markt 1 regte er an, die Schaufensterflächen kreativ zu bekleben. Alternativ, so der Lösungsvorschlag der JU, könnten die Leerflächen temporär auch für Ausstellungen genutzt werden.

Herr Martius bat um Ergänzung des Beschlussvorschlags: die Verwaltung wird bei sich ergebenden Leerständen zeitnah mit den Eigentümern Kontakt aufnehmen und Unterstützung hinsichtlich der Vermarktung bzw. Angebote zur vorübergehenden Gestaltung der Ladenlokale anbieten, oder durch Abklebungen das äußere Erscheinungsbild aufwerten.

Herr Fiedrich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) befürchtete, mit diesem Antrag die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung und befürwortete eine Präzisierung der Formulierung lediglich in Richtung sachlicher und personeller Unterstützung.

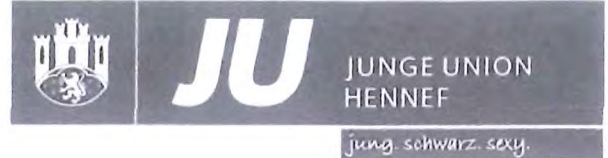
Herr H. Herchenbach (SPD) stimmt dem zu und ergänzte, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein könne, die Flächen zu vermarkten oder finanzielle Unterstützung zu

leisten. Dies läge im Verantwortungsbereich der Eigentümer.

Frau Muranko führte aus, dass sie mit allen Eigentümern gesprochen habe. Sie stellte fest, dass überall Bewegung sei. Leerstände aus 2018 existierten inzwischen nicht mehr. Ein gewisser Leerstand sei von Vorteil, damit Bewegung in die Geschäftswelt komme. Man müsse den Eigentümern mehr Zeit lassen, ihre Verhandlungen zum Abschluss zu bringen. Frau Muranko machte das Angebot, im nicht öffentlichen Teil über den jeweiligen Sachstand zu informieren.

Herr Wallau schlug vor, den Tagesordnungspunkt, ergänzt um die Anregungen, in den nächsten Ausschuss zu vertagen und bat Frau Muranko, unter Punkt 6, n.ö.T. der Sitzung über den Status quo der Leerstände zu informieren.

Abstimmungsergebnis: vertagt



Junge Union Hennef, Auf dem Blocksberg 31, 53773 Hennef

Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Frankfurter Str. 99

53773 Hennef

Junge Union Hennef
Auf dem Blocksberg 31
53773 Hennef

www.ju-hennef.de
facebook.com/ju-hennef

Vorsitzender: Christoph Laudan
Geschäftsführerin: Katharina Wallau

Hennef, den 22.09.2019
AN/2019/051 J

Antrag: Leerstand von Ladenlokalen kreativ nutzen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitten wir namens der Jungen Union Hennef bzw. CDU-Fraktion den nachfolgenden Antrag an den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung weiterzuleiten:

Die Stadt Hennef prüft die Kontaktaufnahme zu Eigentümern von leerstehenden Ladenlokalen im Hennefer Zentrum, um diese bei der Vermietung an Gewerbetreibende zu vermieten oder zur Vermietung an Vereine oder Künstler zu bewegen.

Begründung:

Leerstand von Ladenlokalen im Zentrum von Hennef senkt die Attraktivität für Einkäufer, andere Ladeninhaber und Anwohner. Diesem leider immer wiederkehrenden Zustand sollte die Stadt Hennef aktiv entgegenzutreten. Hierbei muss jeder Fall individuell betrachtet werden. Die Leerstände haben sich in den letzten Monaten in unserer Stadt deutlich reduziert. Ins Auge fallen z. Bt. das Ladenlokal am Marktplatz und die Eingangsfläche beim Saturn. Die Eingangsfläche beim Saturn hat eine hohe Bedeutung, damit die dortigen Gewerbetreibenden möglichst dauerhaft gestärkt werden und das Center als Frequenzbringer für die Innenstadt erhalten bleibt.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt sollte zunächst Gespräche mit den Vermietern suchen und sich erkundigen, an welchen Handicaps Vermietungen scheitern oder nicht zu Stande kommen und in den Gesprächen dann Unterstützung und kreative Ideen und Konzepte anbieten.

Als Beispiel für einen Leerstand an prominenter Stelle ist der Eingangsbereich im Gebäude an der Alten Ladestraße zu nennen. Hier könnte beim Center Manager nachgefragt werden, warum diese exponierte Fläche noch nicht vermietet wurde und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.

Wenn eine Beratung durch die Wirtschaftsförderung keinen Erfolg bringt und ein Vermieter beispielsweise auf hohen Mieten beharrt, sodass sich ein Leerstand über Monate hinzieht, sollte die Stadt eingreifen. Sie könnte versuchen die Vermieter über Anreize zu einer Vermietung der Ladenlokale an (gemeinnützige) Vereine, Sport- und Heimatvereine oder Künstler aus Hennef zu bringen. Um das leerstehende Ladenlokal im Eingangsbereich des Saturn-Gebäudes könnten sich beispielsweise Hennefer Vereine bewerben, um sich in zweiwöchigem Rhythmus mit Roll-Ups, Aufstellern und auf kreative Weise zu präsentieren.

Um bei kürzer andauerndem Leerstand trostlose Schaufenster zu vermeiden, könnte die Stadt Vermieter unterstützen, die Schaufensterscheiben der leerstehenden Ladenlokale in der täuschend

echten Optik von unterschiedlichen Fachgeschäften zu bekleben, die den Eindruck vermitteln, als ob sie in Betrieb seien. Dies könnte helfen das Innenstadtbild bei Leerständen zu verbessern.

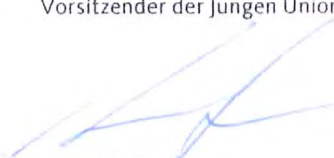
Mit freundlichen Grüßen



Christoph Laudan
Sachkundiger Bürger /
Vorsitzender der Jungen Union Hennef



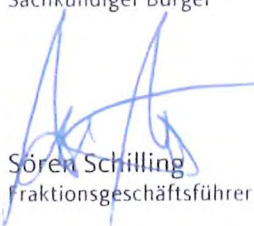
Peter Martius
Ratsmitglied



Max Heller
Sachkundiger Bürger



Ralf Offergeld
Sachkundiger Bürger



Sören Schilling
Fraktionsgeschäftsführer

1.7	Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft; Antrag der SPD-Fraktion vom 12.10.2019	121
-----	---	-----

Eine Lesepause wurde seitens der Ausschussmitglieder nicht mehr gewünscht.

Der Antragssteller, Herr H. Herchenbach (SPD-Fraktion), begründete im Einzelnen den Antrag seiner Fraktion und sprach sich für die Gründung einer WBG aus. Ein Instrument für den Kauf freier Wohnbauflächen könnte z.B. die Ausübung des Vorkaufsrechts sein. Auch widerlegte er die Auffassung der Verwaltung, die WBG müsse 100 %- ige Eigentümerin sein, s.E. seien auch Beteiligungen privater Investoren denkbar.

Herr Kania (CDU-Fraktion) verwies auf den Arbeitskreis „Wohnen“, in dem interfraktionell verschiedenste Lösungen zum Thema ausgearbeitet würden und man entsprechende Vorschläge abwarten müsse. Auch seien vor Gründung im Vorfeld die europarechtliche Zulässigkeit und sowie beihilferechtliche Aspekten zu prüfen.

Herr Chillingworth (Fraktion Die Unabhängigen) wies auf die Schwierigkeiten der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für den Rhein-Sieg-Kreis bmh – GWG hin, Wohnbaugrundstücke zu finden.

Herr Fiedrich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betonte, dass die Stadt Planungshoheit habe und im Rahmen der Bauleitplanung nach seiner Ansicht die Möglichkeit bestehe, Flächenanteile für den sozialen Wohnungsbau festzulegen.

Der Aussage schloss sich auch Frau Deisenroth-Specht (SPD-Fraktion) an.

Herr Krey (Die Linke) bemängelte, dass aus dem Arbeitskreis „Wohnen“ keine nennenswerten Vorschläge kämen. Man müsse beachten, dass es ab 2040 keinen gebundenen Wohnungsbau mehr gebe.

Herr Nacken (SPD-Fraktion) wies darauf hin, dass die Stadt Hennef eine Eigenheimquote von 75 % mit steigender Tendenz aufweise. Gleichzeitig wachse der Bedarf an kleinen Wohnungen für Alleinstehende, Alleinerziehende und Ältere. Er stellte die Frage, wie man dem Bedarf denn nachkommen wolle.

Herr Barth erläuterte, dass eine Wohnungsbaugesellschaft nicht das richtige Instrument sei, es würden lediglich hohe Risiken entstehen. Das Problem wäre auch, dass die z.T. noch freien Grundstücke in privaten Eigentum seien und die Grundstückseigentümer gar nicht verkaufen wollen.

Herr Krey (Ratsmitglied) wies auf § 9 BauGB hin, wonach die Stadt sehr wohl bestimmen könne, in welcher Form gebaut wird, nämlich preiswert, andere Kommunen handeln so.

Nachrichtlich:

Aussagen zu dieser Frage wurden bereits in nachfolgend aufgeführten Sitzungen des Ausschusses für Stadtgestaltung und Planung getroffen:

21.09.2016, TOP 1.4

30.11.2016, TOP 2.1

04.04.2017, TOP 1.2 i. R des Bauland- und Wohnraumkonzeptes für Hennef

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie beschloss mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen aus der SPD-Fraktion und 1 Gegenstimme aus des Ratsmitglieds Krey:

Der Antrag zur Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft wird aufgrund der nachstehenden Ausführungen sowie der im Ausschuss geführten Diskussion abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

1.8	Mittel für die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft, kein Grundstücksverkauf Auf der Hochstadt; Antrag der Fraktion die Linke vom 27.10.2019	122-124
-----	---	---------

Herr Barth erläuterte zunächst, dass beschlossen wurde, das Grundstück im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens zu veräußern, hier könne die Stadt als Eigentümerin im Vorfeld die Bewertungskriterien genau festlegen.

Frau Deisenroth-Specht (SPD-Fraktion) fragte an, ob die Ausschreibung vor Veröffentlichung dem Ausschuss vorgelegt werde.

Herr Barth bejahte dies.

Herr Kania (CDU-Fraktion) beantragte, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Ausschreibungsunterlagen vor der Ausschreibung dem Ausschuss zur Billigung vorgelegt werden.

Herr H. Herchenbach (SPD) beantragte, den Beschlussvorschlag zu unterteilen, denn wenn die Wohnungsbaugenossenschaft weiterhin Bestandteil des Beschlussvorschlages sei, könne seine Fraktion dem nicht zustimmen.

Herr Wallau unterbreitete daraufhin den Vorschlag, über jeden Punkt einzeln abzustimmen sowie den Beschlussvorschlag um einen Punkt 3 zu ergänzen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie beschloss:

1. Der Antrag zur Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft wird abgelehnt.

Der Beschluss erfolgte mehrheitlich mit 6 Gegenstimmen der Fraktion der SPD und 1 Gegenstimme des Ratsmitglieds Krey.

2. Der Verkaufserlös für das Baugebiet „Auf der Hochstadt“ wird unverändert im Haushalt veranschlagt.

Der Beschluss erfolgte mehrheitlich mit 6 Gegenstimmen der Fraktion der SPD und einer Gegenstimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

3. Die Entwicklung des Baugebietes „Auf der Hochstadt“ erfolgt im Rahmen

eines Ausschreibungsverfahrens, in welchem die Stadt ihre planungsrechtlichen Vorstellungen und Anforderungen sowie die Bewertungskriterien für die Vergabe festlegt. Die Ausschreibung sowie das Ergebnis werden dem Ausschuss zur Billigung vorgelegt.

Der Beschluss erfolgte einstimmig bei einer Enthaltung des Ratsmitglieds Krey.

Abstimmungsergebnis: mehrere Beschlüsse zu diesem TOP

1.9	Kostenfreie Fahrradboxen für ÖPNV-Nutzer mit Monats- oder Jahrestickets; Antrag der SPD-Fraktion vom 12.10.2019	
-----	--	--

Herr H. Herchenbach, als Antragsteller für die SPD-Fraktion führte zunächst aus, dass der Bedarf an Fahrradboxen hoch sei und nicht ausreichend zur Verfügung stünden. Er halte eine kostenfreie Nutzung der Fahrradboxen für ÖPNV-Nutzer als ein positives Signal für ein fahrradfreundliches Hennef.

Herr Krey (Ratsmitglied) regte an, eine höhere Belegung der einzelnen Boxen anzustreben, da viele Boxen trotz Vermietung leer stünden.

Herr Martius (CDU-Fraktion) bekräftigte, dass an einem Gesamtkonzept gearbeitet werden sollte, damit der Anteil der Fahrradfahrer steige. Die Idee, Fahrradboxen kostenfrei zur Verfügung zu stellen, sei nur ein Ansatz von vielen. Lösungsvorschläge durch Fahrradabstellanlagen auf dem Place le Pecq halte er optisch für nicht geeignet. Alternativ könnte das P& R-Parkhaus genutzt werden, das seinerzeit für Pendler mit Bindungsfristen gebaut wurde. Diese Frist laufe in absehbarer Zeit aus, deshalb sollte überlegt werden, die Erdgeschossfläche zukünftig ggfls. für Radabstellanlagen zu nutzen. Er sprach sich dafür aus, das Thema Mobilität und Radfahren insgesamt fraktionsübergreifend zu entwickeln.

Herr Chillingworth (Fraktion Die Unabhängigen) begrüßte den Antrag der SPD, sprach sich jedoch für eine Ausweitung auch auf Bürgerinnen und Bürger, die in Hennef wohnen und arbeiten aus.

Herr Fiedrich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) berichtete von Beobachtungen, dass Mieter die Boxen zwar für einen Monat reservieren, aber teilweise als Lagerstätten missbrauchten. Für seine Fraktion schlage er ein rotierendes Verfahren vor, beispielsweise durch tägliches Anmieten zu einem deutlich geringeren Preis, dadurch könnte die Belastung des Einzelnen erheblich reduziert werden.

Herr H. Herchenbach (SPD-Fraktion) regte an, dieses Thema im Arbeitskreis „Verkehr“ zu diskutieren und das Ergebnis dann wieder in diesem Ausschuss zu behandeln.

Der Vorsitzende schlug vor, die Anregungen der Ausschussmitglieder zur Kenntnis zu nehmen und als kreative Ideen im AK „Verkehr“ weiter zu behandeln. Das Ergebnis sei dann dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Energie zur Befassung wieder vorzulegen.

Dem Vorschlag stimmten die Ausschussmitglieder zu.

Abstimmungsergebnis: kein Beschluss: Vertagung

2	Anfragen	
---	-----------------	--

keine

3	Mitteilungen	
---	---------------------	--

keine